

# Wer schweigt, dem wird gegeben ...

## Bischofshof: Streik und Auslagerungen kommen in der Mittelbayerischen Zeitung nicht vor

„Wir sind Bischofshof“. Zufrieden lächeln die Angehörigen der Bischofshof-Familie, „Bischofshoferer“ genannt, unter diesem Slogan von Plakatwänden und aus Zeitungsannoncen. Ob nun Brauer oder Gastroberater, Techniker, Qualitätskontrolleurin und Stapler- oder Bierfahrer – sie alle sind Bischofshof – oder besser gesagt: waren.

Wie von regensburg-digital mehrfach berichtet, wurde die Logistik-Abteilung der kircheneigenen Brauerei zum 1. April in eine eigene GmbH ausgelagert. Damit fällt die Tarifbindung für rund ein Drittel der 76 Mitarbeiter der Kirchen-Brauerei weg. Den bisherigen Beschäftigten sicherte Brauereidirektor Hermann Goß nach längeren Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu, ihnen „bis zur Rente nichts weg nehmen“ zu wollen. Neueingestellten aber droht im schlechtesten Fall ein Gehalt, das bis zu 30 Prozent unter den bisherigen Löhnen liegt.

Verhandlungen über einen Haustarifvertrag lehnt die Geschäftsführung bislang ab. Auch Gespräche zwischen dem Landesvorsitzenden der Gewerkschaft NGG, Hans Hartl, und Brauereidirektor Goß am Rande der landesweiten Tarifverhandlungen im Brauereigewerbe brachten keine Annäherung. Die Mittelbayerische Zeitung, bei der die Brauerei Bischofshof ein wichtiger Anzeigenkunde ist, schweigt die seit Februar laufenden Auseinandersetzungen um die Betriebsauslagerung tot.



Bischofshof-Boss Hermann Goß und sein Dienstherr Bischof Müller (hier bei der Versetzung des König-Ludwig-Denkmal): Die Kirchen-Brauerei wurde zum 1. April in zwei Betriebe aufgespalten. Foto: ar

**„Wenn sich heute unter ganz anderen politischen und ökonomischen Bedingungen ein so profanes Unternehmen wie eine Bierbrauerei im Besitz einer Diözese befindet, dann stellt sich der wache Zeitgenosse die Frage nach der Rechtfertigung einer solchen Verknüpfung von Kirche und Wirtschaftsunternehmen.“**

**Bischof Gerhard Ludwig Müller in einer Predigt zum 360. Brauerei-Jubiläum**

Ein gutes Beispiel dafür ist die Bilanzpressekonferenz der Brauerei Ende Februar, bei der die Verhandlungen auch thematisiert wurden. Der Mittelbayerischen Zeitung war diese Pressekonferenz drei Artikel wert.

Im Bayernteil wurde unter der Überschrift „Prost auf den Export“ über die Wachstumsraten von Bischofshof auf dem Auslandsmarkt berichtet. Im Lokalteil erschienen am selben Tag gleich zwei Artikel, in denen dem Erfolg von Bischofshof und geplanten Gastroprojekten jede Menge Platz eingeräumt wurde.

Die geplante Auslagerung und die Verhandlungen zwischen Betriebsrat, der Gewerkschaft NGG und der Geschäftsführung werden dagegen mit keiner Silbe erwähnt. Offenbar ein Entgegenkommen für einen treuen Kunden.

Alljährlich investiert Bischofshof tausende von Euro für Anzeigen und Werbebeilagen in der Mittelbayerischen Zeitung. Allein bei der Versetzung des König-Ludwig-Denkmal anlässlich des Brauereijubiläums im vergangenen Jahr durfte sich die Mittelbayerische über eine 28seitige Werbebeilage und damit einhergehende regelmäßige Anzeigenschaltungen freuen.

Für die Brauerei lohnt sich diese Investition nicht nur in punkto Werbung, sondern auch mit Blick auf die Berichterstattung. Seit dem 1. April hat Bischofshof erneut eine kleine Werbeoffensive gestartet. Unter anderem die Mittelbayerische, aber auch das Regensburger Wochenblatt werden mit den „Wir sind Bischofshof“-Anzeigen bedacht.

Vor dem Hintergrund so willfähriger Medien hat Brauereidirektor Hermann Goß die Dauenschrauben für die Belegschaft mittlerweile angezogen.

Weiter auf Seite 2



**Streik bei Bischofshof: Am 25. März legten die Bierfahrer den ganzen Tag die Arbeit nieder. Es wurde kein Bier ausgeliefert. In der Mittelbayerischen Zeitung fand dieser Streik nicht statt.**

Fotos: Archiv

Bei einer Betriebsversammlung Anfang April hat er mit Kündigungen und der externen Vergabe von Dienstleistungen gedroht, sollte erneut gestreikt werden.

„Die Ansage war deutlich“, erzählt uns ein Teilnehmer der Versammlung. „Wenn wir noch einmal streiken, werden Aufträge an externe Firmen vergeben und Mitarbeiter gekündigt.“ Die Stimmung im Betrieb sei entsprechend angespannt, heißt es aus dem Betriebsrat. „Einige sind eingeschüchtert, aber viele sind sauer und sagen: Jetzt erst recht.“ Mehrere Beschäftigte sprechen zwischenzeitlich von „Erpressung“.

Die Geschäftsführung will sich zu den Vorwürfen von Angestellten und Gewerkschaft gegenüber unserer Redaktion nicht äußern. In einer knappen Erklärung spricht Brauereidirektor Goß lediglich von einem „radikalen Strukturwandel im Brauereigewerbe“, der nur mit „klaren Konzepten“ in den Griff zu bekommen sei. Goß bekräftigt zwar, dass sich für „die heutigen Mitarbeiter der Logistik“ nichts ändern werde. Dass es im Kern um Einsparungen auf Kosten der Angestellten geht, wird allerdings ebenfalls klar benannt. Es gelte, „neue kostenmäßige Effizienzen für die Zukunft“ zu schaffen, so Goß.

Der „mittelfristige Nutzen“ für die Brauerei liege in „anderen Tarifkonditionen“ für neue Mitar-



**„Ich wünsche der Brauerei Bischofshof mit all ihren Angestellten weiterhin viel Erfolg, um so den Zweck der Stiftung, nämlich die Förderung des Priester-Nachwuchses in der Diözese zu gewährleisten.“**

**Bischof Gerhard Ludwig Müller in einer Werbebeilage der Mittelbayerischen Zeitung**

beiter. Darüber, wie diese „anderen Tarifkonditionen“ aussehen, kann man nur spekulieren.

Würde etwa der Speditionstarif angewendet, könnten statt 16,63 Euro brutto die Stunde knapp elf Euro auf dem Lohnzettel stehen. Zum Teil wird in der Verpackungsbranche auch zu Dumpinglöhnen um die sechs Euro und darunter gearbeitet. Das ist alles möglich ohne einen Haustarif bei Bischofshof, und über den will die Geschäftsführung nicht reden und schüchtert stattdessen die Belegschaft ein. Dank einer Tageszeitung, die das tuschweigt, ist dieses Verhalten mittlerweile erfolgreich: Die Proteste bei Bischofshof sind beendet. **Von Stefan Aigner**

*Der Text ist eine Zusammenfassung mehrerer Artikel, die zwischen Februar und April erschienen sind.*

<http://www.regensburg-digital.de/tag/bischofshof/>

## Impressum

regensburg-digital.de

Herausgeber und verantwortlicher

Redakteur: Stefan Aigner

St.-Wolfgangstr. 1

93051 Regensburg

tel 0941/ 44 80 69 80

mobil 0179/ 130 88 47

fax 0941/ 44 80 69 82

Freie Mitarbeiter: Uli Wittmann, Günther Staudinger, Ernst Restelmann, Tina Lorenz

e-mail: [info@regensburg-digital.de](mailto:info@regensburg-digital.de)

[www.regensburg-digital.de](http://www.regensburg-digital.de)

# Die Lizenz zum Ausbeuten



„Tarifwerk 2“: Rund 350 Tageszeitungsjournalisten protestierten Mitte April in Nürnberg gegen diesen Wunschkatalog der Verleger, darunter die halbe Redaktion der Mittelbayerischen Zeitung. F: Stefan Hippel

**Weniger Geld, mehr Arbeit – geht es nach den Verlegern, ist es die erste Pflicht der Presse, ein Gewerbe zu sein**

14 Tage ist es her, dennoch dürfte es für viele Regensburger eine ziemliche Neuigkeit sein.

Knapp die Hälfte der Redaktion bei der Mittelbayerischen Zeitung legte am 14. April die Arbeit nieder und beteiligte sich an den Protesten von insgesamt 13 Tageszeitungen in Nürnberg.

Rund 350 Redakteurinnen und Redakteure nahmen nach Gewerkschaftsangaben an der dortigen Kundgebung teil.

Bayernweit traten demnach rund 500 Tageszeitungsjournalisten in den Streik, die Ansage für die

Schlagzeile: „Journalismus ist mehr wert“.

Doch Streik hin, Protest her: Die MZ-Ausgabe vom 15. April erschien – Volontären, befristet Angestellten und Ressortleitern sei Dank – ungeachtet dessen im gewohnten Umfang. Eine Berichterstattung über die Proteste blieb aus. Eine Meldung der Nachrichtenagentur dapd fand in Regensburg bei keinem Medium irgendeinen Niederschlag.

Am Rande: Auch bei den anderen Tageszeitungen, deren Redakteure sich an den Protesten beteiligten, fiel das Echo eher bescheiden aus. Lediglich bei den Nürnberger Nachrichten und in der Nürnberger Zeitung gab es eine etwas üppigere Berichterstattung.

Dabei gäbe es einiges zu berichten, was auch für die Konsumenten journalistischer Produkte von Interesse wäre. Seit mittlerweile acht Monaten laufen die Tarifverhandlungen und geht es nach den Verlegern, lautet die Devise für bei ihnen angestellte Journalisten in Zukunft: Mehr arbeiten, weniger verdienen. Die offenkundige Ausbeutung, der schon die freien Jour-

## ...die Tageszeitung streikt und keiner kriegt's mit...

nalisten ausgesetzt sind, wird damit zunehmend auch auf festangestellte Redakteurinnen und Redakteure ausgedehnt, eine sinkende Qualität sehenden Auges in Kauf genommen.

„Tarifwerk 2“ nennt sich der Wunschkatalog, den der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) präsentiert hat. Die „tarifbasierten Kosten“ müssten gesenkt werden, sagt dessen Verhandlungsführer Werner Hundhausen. Anders könne der Flächentarifvertrag nicht erhalten werden, lautet die unverhohlene Drohung.

Sieht man sich das verlegerische Wunschkonzert an, darf man sich ernsthaft fragen, wo er eigentlich herkommen soll, der vielbeschworene Qualitätsjournalismus.

Das Einstiegsgehalt für Volontäre soll von 1.800 auf 1.550 Euro gesenkt werden.

Urlaubsgeld für alle neu abgeschlossenen Arbeitsverträge soll weggelassen, das Lohnniveau bei Neueinstellungen um knapp 30 Prozent gesenkt werden.

**Weiter lesen auf Seite 4**



**Hohe Streikbereitschaft: Redaktionen von 13 Tageszeitungen beteiligten sich an den Protesten. Am 1. Mai endet auch die Friedenspflicht für Drucker und Verlagsangestellte.**  
Foto: Stefan Hippel

Konkret würde das für einen „Normalredakteur“ mindestens 600 Euro weniger im Monat bedeuten.

Die Arbeitgeberbeiträge zur Altersversorgung sollen halbiert, der Urlaub bei 30 Tagen gekappt und die Arbeitszeit auf 40 Stunden verlängert werden – ohne Lohnausgleich.

Beim immer beliebteren „Outsourcing“, Auslagerung von Redaktionen aus den Verlagshäusern in eigene GmbHs würden all diese Regelungen nicht nur Neueinstellungen und Berufsanfänger, sondern auch Altredakteure treffen.

Vor dem Hintergrund dieser Ansage klingt die Forderung der – in seltener Einigkeit auftretenden – Berufsverbände verdi und DJV

nach bescheidenen vier Prozent mehr Lohn fast schon größensinnig.

Der Betriebsratsvorsitzender der Mittelbayerischen Zeitung, Gustav Norgall, zeigte sich ob

Sonderzahlungen an die Mitarbeiter in anderen Branchen berichten, drohen den Redakteuren massive Einschnitte“, so Norgall gegenüber der Zeitschrift BJV-Report. „Viele Kolleginnen und Kollegen sind

**Bei der Redaktion der Mittelbayerischen ist man „erstaunt“ über die „Dreistigkeit“ der Verleger. Der MZ-Verleger fordert „strukturelle Veränderungen“**

der Forderungen des Verlegerverbands gegenüber der Zeitschrift BJV-Report verärgert. „Während wir in der Zeitung über die verbesserte Wirtschaftslage und die Erhöhung von Gehältern, ja über

einfach erstaunt über die Dreistigkeit der Verlegerforderungen.“

Etwas drastischer drückt es der Kajo Döhring vom Deutschen Journalisten-Verband in Nürnberg aus. Die Renditevorstellungen der

Verleger seien „absurd“, so Döhring. Sie müssten sich daran gewöhnen, dass die Gewinne eben nicht mehr bei bis zu 20 Prozent, sondern zwischen sechs und acht Prozent lägen. Statt mit Lastwägen könne man das Geld eben nun nur noch mit Schubkarren abtransportieren. Mit ihren Forderungen gäben die Verleger den Kampf um die besten Köpfe auf. Seit 2003 wurden in den Redaktionen von Tageszeitungen massiv Personal abgebaut. Die Zahl der festangestellten Redakteurinnen und Redakteure sank um rund zehn Prozent auf bundesweit 14.000, zugleich wurde neben dem Print- das Online-Geschäft ausgebaut.

Eine Entwicklung, die auch vor der Mittelbayerischen Zeitung nicht halt gemacht hat, die heute verlagsweit – inklusive aller Volontäre – noch etwa 100 Journalisten beschäftigt.

Vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Tarifverhandlungen hat Herausgeber Peter Esser gegenüber den Redaktionen bislang lediglich verlauten lassen, dass „strukturelle Anpassungen“ notwendig seien. Das hört sich wenig konkret, aber sehr bedrohlich an.

Angesichts der hohen Streikbereitschaft in den Redaktionen – die Mittelbayerische Zeitung etwa war in Nürnberg mit knapp 50 Teilnehmern vertreten – dürften die weiteren Tarifverhandlungen spannend werden.

Am 4. Mai steht die nächste Verhandlungsrunde an. Drei Tage zuvor läuft bei den ebenfalls derzeit laufenden Tarifverhandlungen der Drucker und Verlagsangestellten die Friedenspflicht aus.

Ein gemeinsamer Streik dürfte – Pressemeldung hin, Pressemeldung her – etwas auffälliger ausfallen. (as, 28.04.11)

**Morgen,**

**Regensburg!**

Von wegen „Stadt der Wissenschaft“



„Man kann auch mal verlieren. Aber wir haben eine tolle Bewerbung abgeliefert.“ Oberbürgermeister Hans Schaidinger ist leicht geknickt. Regensburg hat ihn nämlich nicht geholt – den Titel „Stadt der Wissenschaft“! Satte 250.000 Euro wären das gewesen. Ganz abgesehen vom Renommée, das so ein Preis mit sich gebracht hätte.

Aber jetzt geht beides nach Lübeck. Für irgendeine besondere Leistung oder Eigenschaft, die mit Wissenschaft zu tun haben soll. Wofür genau, das weiß man

nicht. Aber vermutlich hat Lübeck-Werbeträger Günther Grass einfach schöner in die Kameras gelächelt als OB Hans Schaidinger, Unirektor Thomas Strothotte oder IHK-Präsident Peter Esser, um nur einige „unserer“ wissenschaftsträchtigen Sympathieträger zu nennen. Bitter! So eine Viertelmillion hätte man auch im stetig vor sich hin boomenden Regensburg brauchen können. Wenn man alle Unkosten abzieht – den Aufwand für die Bewerbung oder die geplante Stelle eines nicht näher definierten „Wirtschafts-/Wissenschaftskordinators“ – wäre unterm Strich sicher noch ein schicker Fünfsteller übrig geblieben.

Und jetzt blenden wir Werbung und Lokalpatriotismus aus. Regensburg kann wirklich froh sein, von dieser „Auszeichnung“ verschont geblieben zu sein. Ohnehin hatten sich nur noch Lübeck und Halle um diesen angeblich so wich-

tigen und angeblich so heiß begehrten Titel beworben, dessen Name an sich schon eine Lüge ist. Mit „Wissenschaft“ hat die Auszeichnung „Stadt der Wissenschaft“ nämlich ebenso wenig zu tun wie der auslobende „Stifterverband der deutschen Wissenschaft“.

In diesem Lobbyverband der deutschen Wirtschaft sitzen so moralisch-wissenschaftliche Größen wie Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann oder E.ON-Vorstand Johannes Teysen. Irgendwie drehen sich sämtliche Wettbewerbe und Auslobungen, Zielsetzungen und Thesenpapiere dieses „Stifterverbandes“ um mehr Effizienz und mehr Berufspraxis oder laufen unter dem wohlklingenden Label „Hochschule für alle“ darauf hinaus, Unis zu Fortbildungsanstalten für alle, die es sich leisten können, umzugestalten. Das ist natürlich nicht verboten. Die Hochschulen können das Geld auch sicher gut ge-

brauchen, nachdem der Staat seine Investitionen in Bildung – entgegen anderslautender Bekundungen – immer weiter zurückfährt, aber: Wissen sollte man schon, wer da wem welche Preise verleiht und mit welcher Zielsetzung. Kritisch angemerkt haben das im Stadtrat nur die Linken, aber die sind – das weiß man bzw. CSU-Fraktionschef Christian Schlegel ja – voll von „überbordendem Sozialneid mit Hass auf die Wirtschaft“.

Zum Glück sind nicht alle so! Im Stadtrat der knapp gescheiterten „Stadt der Wissenschaft“ sitzen eben nicht nur Querulanten und es gibt noch genügend Demokraten ohne Sozialneid, die freudig in das allgemeine Hurra-Gebrüll über irgendeinen Titel, irgendein Ranking, ein paar Euros oder zumindest „eine tolle Bewerbung“ mit einstimmen. Da kann man auch mal etwas geknickt sein. 29.03.11

# Gelber Horst bei brauner Runde



„Ärgert mich, dass ich darauf hereingefallen bin.“ Der Regensburger Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer landete bei einer braunen Runde in Niederbayern. Er ist nicht der einzige... Foto: Archiv/ Staudinger

**Von wegen „Runder Tisch“: FDP-Politiker Horst Meierhofer bei „knallhart rechtem Sammelbecken“**

„Wir hatten sogar schon Türken da. Und Schwarzafrikaner auch. Da dürften auch Linke mit diskutieren, wenn sie kommen.“ Nein. Mit Rechtsextremen will Joachim Hahn nun wirklich nichts am Hut haben.

Der „Runde Tisch Niederbayern“, den Diplomingenieur Hahn zusammen mit Max Aßbeck, dem

stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Republikaner in Dingolfing, federführend verantwortet, sei ein „politischer Stammtisch mit Tiefgang“. Allmonatlich trifft man sich im Landgasthof Apfelbeck in Mamming. Zehnjähriges Jubiläum feiert der „Runde Tisch Niederbayern“ in diesem Jahr.

Da ist es etwas unerfreulich, dass der Bayerische Rundfunk die „lose Gesprächsrunde“ (Hahn) in einer aktuellen Reportage als „knallhart rechtes Sammelbecken“ bezeichnet und dabei erwähnt, dass auch der Regensburger Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer (FDP) dem „Runden Tisch“

vergangenen November einen Besuch abgestattet hat. Mit dem Landshuter CSU-Stadtrat Rudolf Schnur diskutierte Meierhofer über Atompolitik.

Die Behauptung des BR sei eine „Unverschämtheit“, meint Hahn..

Meierhofer hat sich gegenüber unserer Redaktion von den Veranstaltern um Joachim Hahn distanziert. „Es ärgert mich, dass ich auf so etwas hereingefallen bin.“ Erst bei genauerem Hinschauen falle die Ausrichtung des „Runden Tisches“ auf. „Bei dem Abend war das nicht zu erkennen.“

Ohnehin befindet Meierhofer sich in guter Gesellschaft, wenn es

darum geht, sich zu ärgern. MdB Max Stadler (FDP) und zwei weitere seiner Bundestagskollegen, der ehemalige sächsische Landtagsabgeordnete Peter Porsch (Linke) oder Vertreter der örtlichen CSU haben schon dafür hergehalten, den „Runden Tisch Niederbayern“, bei dem sich regelmäßig auch Vertreter von NPD und Republikanern versammeln, salonfähig zu machen.

„Migrationsindustrie“

„Völkermord an den Sudetendeutschen“

## Ein „Stammtisch mit Tiefgang“: NPD, REP, FDP, CSU

„Tschechien – ein rücksichtsloser Nachbar?“

„Petition an Bundestag: Ausweisung straffälliger Ausländer“

„Bäcker aus Bulgarien backen zukünftig unsere Semmeln“

„Meinungsdiktatur rotgrüner Gutmenschen“

„Lehrer in Migrantenschulen (brauchen) Leibwächter“

„Schule ohne Rassismus (...) missbraucht unsere Kinder“

Solche und ähnliche Themen dominieren den Internetauftritt des „Stammtisches mit Tiefgang“. Dazwischen eingestreut finden sich andere „nonkonforme“ (Hahn) Themen, wie E10, Gutenberg oder Gentechnik. Alibi-Einträge zwischen den oben angeführten Parolen.

Alles, was sich in irgendeiner Form gegen Rechtsextreme wendet ist – so der dröhnende Tenor – Geldverschwendung, Schwachsinn oder „Meinungsdiktatur“.

In Deutschland gebe es gar „Sondergesetze“, um die Meinungsfreiheit einzuschränken, erfährt man. Es geht um den §130 StGB (Volksverhetzung), wie Hahn am Telefon erklärt.

Weiter auf Seite 6

**Fortsetzung von Seite 3**

Dieser werde „zunehmend verschärft“ und die freie Meinungsäußerung eingeschränkt.

Konfrontiert man Hahn mit den oben angeführten Zitaten des von ihm mit verantworteten Internetauftritts meint er nur: „Was soll daran falsch sein?“ Fängt man an, mit ihm zu diskutieren, schweift er ab, wechselt das Thema. Und wenn es ihm all zu viel wird, meint er noch: „Ich schreibe das ja nicht alles selber.“

Der BR-Journalist Robert Andreasch, der schon mehrfach Recherchen zum „Runden Tisch Niederbayern“ veröffentlicht hat, sei ein „Linksextremer“, weiß Hahn. Zu diesen „Linksextremen“ würden noch eine ganze Reihe von Personen und Organisationen gehören, wie er uns bei zwei Telefonaten erläutert. Ein regelrechtes „Netzwerk“ gebe es da, bekräftigt Hahn und nennt unter anderem die „Amadeu Antonio Stiftung“.

Nach rechts ist man beim Runden Tisch zu Mamming dagegen weniger besorgt. Eine willkürliche Auswahl einiger Referenten und Diskutanten:

Da ist Hans Mirtes, gern gesehener Gast beim Runden Tisch in Mamming. Mirtes war bis 2009 Bundesvorsitzender des völkischen Witikobundes, dem der Verfassungsschutz eine „Verdichtung von Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen“ bescheinigt. Mirtes spricht in seinen Schriften vom „tschechischen Raubsystem“ und ruft zum „Kampf“ um die Sudetendeutsche Heimat auf: „Welches Erdbeben werden wir erleben, wenn sich die Sudetendeutschen von ihren Kaffeekränzchen verabschieden und der Wiedergewinnung ihrer Heimat zuwenden? Man sollte sie nicht unterschätzen und ihre Geduld nicht überstrapazieren. Die Weichen sind richtig gestellt. Packen wir's an. Gott ist mit den Standhaften!“

Da ist Dr. Ulrich Neumann vom „Institut für angewandte wissenschaftliche Irenik“, der im März beim „Runden Tisch“ war, um diese „relative junge Wissenschaft“ vorzustellen. Irenik ist ein veralteter Begriff, der – kurz gefasst – die Aufarbeitung theologischer Konflikte beschreibt. Bei Neumann liest sich „angewandte wissenschaftliche Irenik“ zum Beispiel so: „Was die neuere Geschichte der Deutschen und unter ihnen die Vertriebenen betrifft, kennt ei-

gentlich niemand die Wahrheit. Weder ist wirklich und allgemein bekannt, was die Nazis in Polen verbrochen haben noch die Verbrechen der Vertreiber.“

Da ist Franz W. Seidler, der 2009 vom Runden Tisch als ein „der korrekten Auswertung von geschichtlichen Tatsachen“ verpflichteter Historiker gefeiert wird. „Die politisch korrekten und gewünschten Meinungen vieler heutiger Historiker haben nichts mit Wissenschaft zu tun“, heißt es weiter.

Eine „korrekte Auswertung geschichtlicher Tatsachen“ à la Seidler hört sich so an: „Selbst wenn die These stimmen sollte, wonach das Deutsche Reich die Sowjetunion überfallen hätte, gibt das Völkerrecht der Bevölkerung kein Recht, sich mit den verbrecherischen Mitteln des Partisanenkrieges zu wehren“. Der 78jährige ist Autor für die rechtsextreme „Militärzeitschrift“. Die Frankfurter Allgemeine Zei-

ten Tellerrand hinausschauen“.

Das tut er vor allem nach ganz rechtsaußen. „Der Faschismus kommt heute als Antifaschismus daher“, meint Hahn gegen Ende unseres Gesprächs.

Tatsächlich scheint der Faschismus eher in der Gestalt „nonkonformer runder Tische“ aufzutreten, die von lokalen Medien hofiert und von demokratischen Parteien legitimiert werden. Das Anzeigenblatt Vilstal-Bote und der PNP-Ableger Landauer Neue Presse bieten der braunen Runde seit Jahren eine kritiklose und wohlwollende Plattform. Zum Teil werden Pressemitteilungen des Runden Tisches unbesehen und ohne Autorenangabe übernommen.

Der FDP-Abgeordnete Horst Meierhofer mag sich darüber ärgern, dass er auf den „Runden Tisch Niederbayern“ hereingefallen ist. Er will sich aber auch beim Bayerischen Rundfunk beschweren, weil der Zusammenhang zwischen

### Das Anzeigenblatt Vilstal-Bote und der PNP-Ableger Landauer Neue Presse bieten der braunen Runde seit Jahren eine wohlwollende und kritiklose Plattform.

tung bescheinigt Seidler, sich „schon lange aus der seriösen Geschichtswissenschaft verabschiedet“ zu haben. Er schwanke „zwischen Verharmlosung und kritikloser Übernahme der nationalsozialistischen Perspektive“.

Als nächster Referent ist im April Bernd Kallina in den Landgasthof Apfelbeck eingeladen. Der Redakteur des Deutschlandfunks war Funktionär der verfassungsfeindlichen NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Er ist „Alter Herr“ und Aktivist der völkischen „Burschenschaft Danubia“ (München), die längere Zeit vom Verfassungsschutz beobachtet wurde und gehört dem Witikobund an. Er wird über „Der Begriff des Politischen in der Informationsgesellschaft. Wie Massenmedien unser Bewusstsein prägen“ referieren.

Lokale Vertreter von NPD und Republikanern finden sich immer wieder bei dem „losen Gesprächskreis“ ein. Schließlich wollen Hahn und seine Kameraden „niemanden ausgrenzen“.

„Ich versuche etwas Ehrliches, etwas Gutes zu machen“, raunt Hahn in jovialem Ton ins Telefon. Dafür müsse man „über den eige-

seinem Vortrag und den rechtsextremen Zusammenhängen des Runden Tisches zu verkürzt dargestellt worden sei.

Seine Parteifreunde in der Region haben dagegen weniger ein Problem, sich mit Hahn und seinen Kameraden zu verbrüdern.

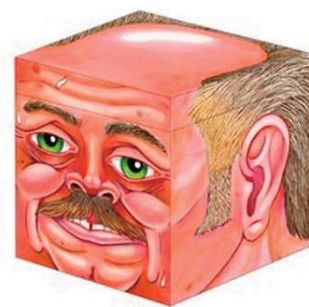
Alois Rohrsetzer, Mitglied im Vorstand der Niederbayern-FDP und bekennender Fan des ehemaligen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider, ist regelmäßiger Gast und Referent beim „Runden Tisch“. Ohnehin gehören die Liberalen rund um Mamming zu den treuesten Besuchern des „nonkonformen“ Gesprächskreises.

Auch Organisator Joachim Hahn mag die Liberalen, vor allem die in Österreich. Deren Position gefalle ihm, sagt er. „Die FDP in Niederbayern würden sich wünschen, solche Wahlergebnisse einzufahren wie die FPÖ“, fügt Hahn noch an.

Da ist so eine braune Runde ein echter Gewinn für beide Seiten.

Von Stefan Aigner,  
09. März 2011

<http://www.regensburg-digital.de/fdp-abgeordneter-beibrauner-runde/>



## Schaidinger gibt's auch als Schachtel

„Ein freundlicher Menschenkopf gefüllt mit einer Auswahl erlesener Druckwerke.“ So beginnt eine Besprechung der 36. Ausgabe des US-Literaturmagazins McSweeney's, die in einer famosen Schachtel geliefert wird, die auch in Regensburg für Furore sorgen dürfte. Ist es doch der bekannteste Kopf der Domstadt, der die Buch-Box zierte. Und gerade was Druck angeht dürften sich die Regensburger Christsozialen – manche mit Wehmut, andere unter Schmerzen – an die Zeiten bis 2008 erinnern, als Oberbürgermeister Hans Schaidinger auf zahlreiche Druckmittel und Druckerzeugnisse zurückgreifen konnte, um den parteiinternen Machtkampf mit dem Lager um Thomas Fürst kurzfristig für sich zu entscheiden. „Was geht in diesem Kopf wohl vor?“, schreibt Brian McMullen, der die Box im fernen Massachusetts entworfen hat – vermutlich ohne das Regensburger Vorbild zu kennen und wohl auch ohne zu wissen, dass sich diese Frage in der CSU so mancher stellt. Ein schönes Geschenk fürs christsoziale Osternest, seien es nun Schaidinger-Fans oder jene, die seinen Kopf fordern. Schließlich jährt sich die knappe Wiederwahl des Oberbürgermeisters heuer zum dritten Mal und es sind noch drei lange Jahre, ehe ein Nachfolger gekürt wird. Fragt sich nur, wessen Kopf dann auf der Schachtel prangt. Druckwerk wird er auf jeden Fall enthalten. (red)



# Mit Rechtsschutz in die Berufung

## In eigener Sache: Im Rechtsstreit mit der Diözese hat uns verdi nun Rechtsschutz zugesagt

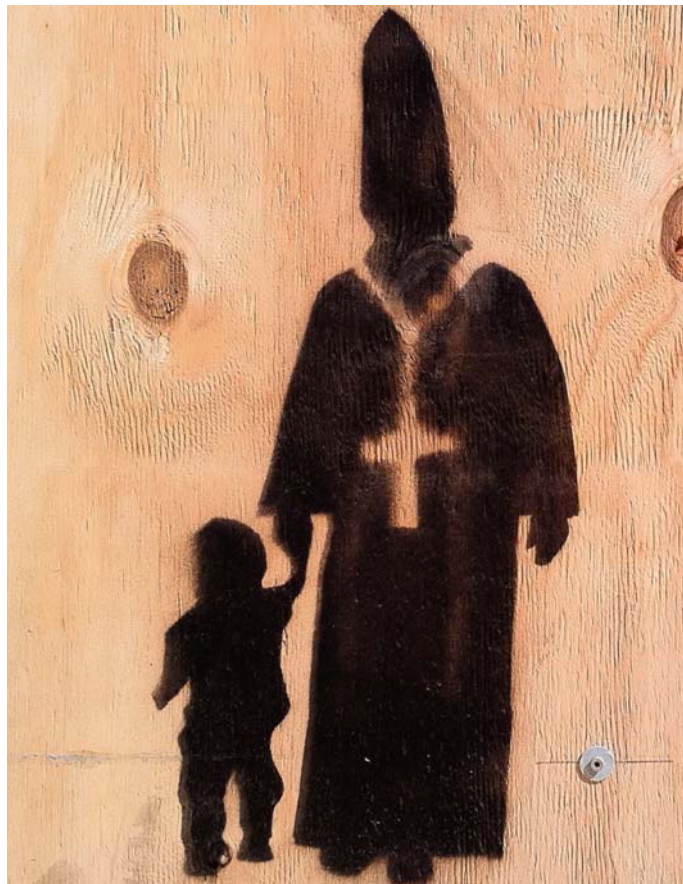
Im Rechtsstreit zwischen regensburg-digital und der Diözese Regensburg hat unser Rechtsanwalt Nils Pütz am 22. April Berufung beim Oberlandesgericht Hamburg eingelegt. Die gute Nachricht vorneweg: Die Gewerkschaft verdi hat dem freien Journalisten und regensburg-digital-Herausgeber Stefan Aigner dafür Rechtsschutz zugesagt.

Das Landgericht Hamburg hatte der Diözese Regensburg am 11. März recht gegeben. In Zusammenhang mit einem mehrfach wegen sexuellem Missbrauchs verurteilten Priester, einer Stillschweigevereinbarung und Geldzahlungen wurden unserer Redaktion mehrere Formulierungen verboten, da sie angeblich eine falsche Tatsachenbehauptung darstellen sollen. Die Diözese Regensburg hatte mit einer Münchner Anwaltskanzlei vor dem Landgericht Hamburg gegen einen Kommentar geklagt, den wir vergangenes Jahr veröffentlicht hatten.

## Kurswechsel bei der Unterstützung freier Journalisten

Dank der Spenden von über 300 Leserinnen und Lesern (rund 10.000 Euro) konnten wir die erste Instanz finanzieren. Noch sind nicht alle Rechnungen eingegangen, aber wir rechnen derzeit mit Kosten von rund 8.500 Euro für unseren und den gegnerischen Rechtsanwalt sowie das Gericht.

Seit dem 11. März wurden erneut knapp 2.200 Euro gespendet. Dieses Geld bleibt vorerst als Reserve auf dem Spendenkonto – für



Streetart an einer Kirche in Regensburg. Bei Kritik an ihrem Umgang mit Missbrauchsfällen versteht die Diözese keinen Spaß. Foto: as

## Diözese contra Pressefreiheit

Derzeit ist es unserer Redaktion bei einer Strafandrohung von bis zu 250.000 Euro (ersatzweise bis zu zwei Jahren Haft) untersagt, in Zusammenhang mit einem Missbrauchsfall in der Diözese Regensburg und der daraufhin getroffenen „Entschädigungsregelung“ einen bestimmten Eindruck zu erwecken. Konkret wurden wir wegen eines Kommentars vom 7. März 2010 von der Diözese abgemahnt; eine andere Formulierung, die wir daraufhin als Kompromiss unterbreitet haben und welche die Aussage noch deutlicher als Meinungsäußerung kennzeichnet, traf ebenfalls nicht auf das Wohlwollen der Diözese. Es geht um eine Stillschweigevereinbarung zwischen der Diözese Regensburg und einem pädophilen Pfarrer auf der einen und der Familie eines Opfers auf der anderen Seite. Das Landgericht Hamburg verhängte zunächst eine Einstweilige Verfügung gegen unsere Redaktion und hat der Diözese in I. Instanz am 11. März recht gegeben. Für die II. Instanz hat uns nun die Gewerkschaft verdi Rechtsschutz zugesagt.

Mehr über den Rechtsstreit und die Hintergründe unter:  
<http://www.regensburg-digital.de/tag/schweigegeld/>

die zweite Instanz hat verdi Rechtsschutz zugesagt. Diese Entscheidung der Gewerkschaft stellt einen Kurswechsel bei der rechtlichen Unterstützung von freien Journalisten dar. In der Vergangenheit wurden entsprechende Rechtsschutz-Anträge bzw. -Anfragen mit Verweis auf die Rechtsschutz-Richtlinie abgelehnt. Klagen auf Unterlassung seien von der Richtlinie nicht gedeckt, hieß es dazu immer wieder als Begründung.

Als Reaktion auf diese Auslegung stellte die Interessenvertretung der Selbständigen bei verdi Oberpfalz einen Antrag, die Rechtsschutz-Richtlinie entsprechend zu ergänzen. Dieser Antrag wurde vom Bezirk Oberpfalz mit übergroßer Mehrheit verabschiedet und landete auch in Berlin. Dort sah sich Torsten Tiefenbacher, Verantwortlicher für Recht und Rechtspolitik beim verdi-Bundesvorstand, veranlasst, ein klarstellendes Schreiben zu verfassen. Unter anderem heißt es darin:

**„Bei Journalisten kann (...) bei einem gegen ihn gerichteten Unterlassungsanspruch wegen selbst zu verantworten Presseerzeugnisse Rechtsschutz gewährt werden, (...) weil er an der Wahrung seines Rechts auf Veröffentlichung oder Verbreitung als Urheber gehindert wird oder werden soll und der unmittelbare Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit als Journalist besteht.“**

Anders ausgedrückt: Will sich ein freier Journalist gegen einen juristisch erwirkten Maulkorb (Abmahnung/ Einstweilige Verfügung/ Unterlassung) wehren, kann er durchaus auf verdi-Rechtsschutz hoffen. In jedem Fall ist eine Ablehnung mit Verweis auf die Rechtsschutz-Richtlinie in Zukunft hinfällig.

Unterdessen hat es der Oberpfälzer Antrag zur Ergänzung der Rechtsschutz-Richtlinie bis zum verdi Bundeskongress geschafft, der im September in Leipzig stattfindet. (red, 21.04.11)

# Ignorant oder rassistisch?



Sag uns, wer Du bist: Eine kleine Auswahl der Papiere, die Hussein den akribischen Regensburger Beamten bislang vorgelegt hat. Foto: Archiv

## Über Jahre hat die Regensburger Ausländerbehörde ein Paar fertig gemacht

Nach einer Stunde war es amtlich: Auch in zweiter Instanz ist die Oberste Standesamtsbehörde mit ihrem Ansinnen gescheitert, die 2007 geschlossene Ehe eines Regensburger Paares auflösen zu lassen. Die Ehe sei formal und materiell gültig, so das Oberlandesgericht Nürnberg am Donnerstag. Der Vertreter der Standesamtsbehörde erklärte noch im Gerichtssaal, dass man die Sache nun auf sich beruhen lassen wolle.

Für die Eheleute Helga und Ali Hussein geht damit ein jahrelanger Spießrutenlauf zu Ende, der 1999 seinen Anfang nahm und bereits das TV-Magazin Quer beschäftigt hat.

Seit knapp zehn Jahren leben beide zusammen, seit 2007 sind sie verheiratet und wollen das auch bleiben. Doch die Ausländerbehörde Regensburg und die Oberste Standesamtsbehörde setzten alle Hebel in Bewegung, um die Ehe annullieren zu lassen.

Hussein, der vor 14 Jahren aus dem Irak flüchtete, ist für die Ausländerbehörde ein Mann ohne Identität. Sämtliche Dokumente, die er vorgelegt hat, um zu bewei-

sen, wer er ist, wurden entweder als gefälscht, zweifelhaft oder einer „urkundentechnischen Echtheitsuntersuchung nicht zugänglich“ qualifiziert. Eine perfide Strategie: Das Urkundenwesen im Irak war zum Zeitpunkt von Husseins Flucht in weiten Teilen zusammengebrochen. Beim in Regensburg offenbar praktizierten Grundsatz „Im Zweifel gegen den Flüchtling“ ist es kaum möglich, die Behauptung der Behörden zu widerlegen. Der Auffassung der Ausländerbehörde schloss sich das hiesige Verwaltungsgericht an – wie fast immer in solchen Fällen.

Am Rande: Wenn es um einen zu hohen Gartenzaun oder die widerrechtliche Benutzung eines Feldwegs geht, wird eine Kammer aus drei Berufs- und zwei ehrenamtlichen Richtern eingesetzt; geht es jedoch um ein Asylverfahren vor dem Verwaltungsgericht, entscheidet immer ein Einzelrichter.

Mit dieser Entscheidung blieb Hussein ein sicherer Aufenthaltsstatus in Deutschland versagt. Die Folge: Er hatte de facto keine Möglichkeit, eine geregelte Arbeit aufzunehmen, er hatte keinen Anspruch auf irgendwelche Sozialleistungen.

Dieser Umstand wäre mit der Eheschließung eigentlich beendet gewesen, doch die Ausländerbehörde Regensburg legte nach und beantragte postwendend bei der

Obersten Standesamtsbehörde die Auflösung der Ehe. Die Begründung: Hussein könne nicht beweisen, dass er nicht noch im Irak verheiratet sei. Auch die Sterbeurkunde seiner ersten Frau sei zweifelhaft. Damit könne es sein, dass Hussein eine Doppelhehe führe.

Der Tod seiner ersten Frau sei schlicht nicht „überzeugend nachzuweisen“, heißt es lapidar in einem Schreiben der Standesamtsbehörde, die damit die Beweislast einfach umkehrte.

Bereits das Regensburger Familiengericht teilte diese Auffassung nicht und ließ die Standesamtsbehörde abblitzen. Doch die Freude der Eheleute über diese Entscheidung war verfrüht. Am letzten Tag der Berufungsfrist legte die Standesamtsbehörde Widerspruch ein.

Nun scheiterte man damit auch vor dem Oberlandesgericht Nürnberg. So richtig freuen wollen sich Helga und Ali Hussein über das nun gefällte Urteil noch nicht. Erst nach Ablauf der Widerspruchsfrist werden beide tatsächlich aufatmen können.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens zugunsten der Eheleute bleibt festzuhalten, dass humanitäre Erwägungen weder bei der Ausländerbehörde Regensburg noch bei der Obersten Standesamtsbehörde irgendeine Rolle gespielt haben. Warum es die „freundlichste Ausländerbehörde Deutschlands“ (Auszeichnung aus dem Jahr 2004) für nötig befunden hat, einen Menschen jahrelang bis aufs Blut zu piesacken, bleibt das Geheimnis des zuständigen Sachbearbeiters. (as, 10. 03.11)

### Nachtrag am 24. April:

Zwischenzeitlich ist das Urteil rechtskräftig. Die Ausländerbehörde weigert sich weiter, Ali Hussein eine Aufenthaltsgenehmigung auszustellen. Wir werden weiter darüber berichten.

<http://www.regensburg-digital.de/tag/Behordenwahn-sinn/>

## Drei Jahre unabhängiger Journalismus

„Unabhängig, mutig, unterfinanziert!“ Seit drei Jahren gibt es das Online-Magazin regensburg-digital.de. Wo am Anfang 400 Leserinnen und Leser täglich standen, gibt es heute eine Seite, die 100.000 Mal im Monat aufgerufen wird. Ein 100 Mitglieder starker Förderverein finanziert Server, Telefon und eine (noch) bescheidene Aufwandsentschädigung.

Wie geht die Boomtown mit den hier lebenden Flüchtlingen um? Wer verdient hinter der schönen Fassade eigentlich mit? Wie steht es um die Arbeitsbedingungen in den ach so heimeligen Traditionsbetrieben? Wie sinnvoll ist es, eine erzreaktionäre Kirchenleitung zu hofieren, nur weil die katholische Kirche zu den größten Grund- und Immobilienbesitzern zählt? Wie laufen Bau- und Planungsvorhaben ab und geht dabei alles mit rechten Dingen zu? Und wie glaubwürdig ist die Berichterstattung einer Mittelbayerischen Zeitung, deren Herausgeber gleichzeitig IHK-Präsident ist? Solche Fragen greift regensburg-digital.de auf, ermöglicht eine Debatte darüber und bezieht Stellung, abseits der zwanghaft „topaktuellen“ Berichterstattung anderer Medien. Kritische Berichterstattung stößt freilich nicht auf ungeteilte Freude. Mehrere Klagen haben unsere Redaktion in den zurückliegenden Jahren ereilt. Ein Rüstungskonzern will nicht, dass man seine Produkte als das bezeichnet, was sie sind. Ein Möbelriese will die Wahrheit über seine Beschäftigungsbedingungen nicht hören. Die Diözese Regensburg bemüht das Landgericht Hamburg, um uns ihre „Wahrheit“ aufzuzwingen. Diese Auseinandersetzungen nehmen wir an. Journalismus, wie wir ihn verstehen, findet abseits von Schönwetter-Berichterstattung statt, ist unbequem, fragt nach und bezieht Stellung.

Um unsere Unabhängigkeit zu garantieren, unterstützen uns vor allem die Mitglieder des „Vereins zur Förderung der Meinungs- und Informationsvielfalt“, die monatlich zwischen fünf und 30 Euro bezahlen. Wenn Sie wollen, dass es regensburg-digital.de in drei Jahren immer noch gibt, werden Sie Mitglied. Sie haben damit keinerlei Einfluss auf unsere Berichterstattung, dafür ist die Mitgliedschaft jederzeit kündbar. Leichter als jedes Zeitungsabo. Stefan Aigner, Herausgeber